

Das Wochenmagazin der SPÖ

spoe.at



Aktuell

17. Juli 2009 - Nr. 29 - 0,73 Euro

Gastkommentar von
Josef Wöss zur Pensionssicherheit



Mit voller Kraft für Österreich

INTERN

Die parlamentarische Sommerpause wird dieses Jahr vom U-Ausschuss geprägt sein. Er ist ein Novum, da erstmals alle im Parlament vertretenen Parteien dafür stimmten. Man war sich einig, dass es bei den Vorwürfen um Bespitzelungen, Handy-Abhör-Aktionen und Geheimdienst-Involvierungen um essenzielle Fragen der Demokratie geht. Wenige Tage später wurde allerdings bereits klar, dass die Opposition sich rasch bewusst wurde, dass der U-Ausschuss, der mit hehrem Ansinnen beschlossen wurde, für politisches Kleingeld nutzbar ist. Es ist daher damit zu rechnen, dass der U-Ausschuss uns einen heißen politischen Sommer beschert.

Für die Regierung gibt es – abgesehen von kurzen Urlauben für die MinisterInnen und den Bundeskanzler – nach wie vor Hochsaison. Über den Sommer wird weiterhin vordringlich an der Dämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise gearbeitet.

Für die Redaktion des „SPÖ Aktuell“ aber gilt: Wir erscheinen mit der nächsten Ausgabe wie gewohnt wieder Mitte September vor dem ersten Plenum nach der Sommerpause.
Eure Redaktion

Highlights der Woche

Arbeitsmarkt und Wirtschaftsbericht	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	6
Zwischenbilanz der Legislaturperiode	7
Gastkommentar von AK-Experten Josef Wöss über die Finanzierung der Pensionen	14

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ehrte aktive und ehemalige SPÖ-Abgeordnete

Die stellvertretende Klubvorsitzende der SPÖ, Wissenschaftssprecherin Christine Muttonen erhielt das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Das Große Goldene Ehrenzeichen erhielt auch die ehemalige SPÖ-Europamandatarin und nunmehrige Landesrätin Karin Scheele. Erwin Niederwieser, ehemaliger SPÖ-Wissenschaftssprecher, der bereits Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens ist, erhielt das Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich. ♦



Christine Muttonen, Erwin Niederwieser und Karin Scheele



Meinungsforum: Spitzelwesen

Opposition gegen Innenministerium, Blau gegen Grün gegen Orange. Arbeitet die FPÖ mit Kasachstan zusammen? Und kann der Spionage U-Ausschuss Licht ins Dunkel bringen? Diskutieren Sie auf mitreden.spoe.at über die Aushöhlung der Demokratie und der Abgeordneten-Immunität.



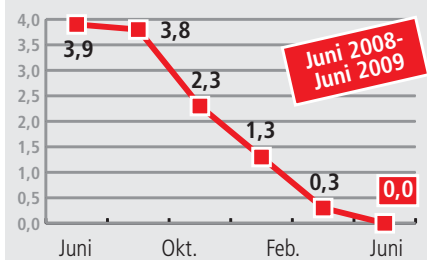
Staatssekretär Andreas Schieder mit LR Karin Scheele und Kindern der Aktion „Ferien vom Krieg“.

Kinder finden Frieden

Staatssekretär Andreas Schieder empfing gemeinsam mit der NÖ Landesrätin und Initiatorin der Aktion „Ferien vom Krieg“, Karin Scheele, eine Gruppe von Kindern aus der Westsahara, denen über die Aktion ermöglicht wurde, sich in Österreich von der Situation in den Flüchtlingscamps zu erholen. Sie bekommen hier medizinische Untersuchungen und dürfen acht Wochen einfach nur Kinder sein. Schieder ist sich mit Scheele einig ist, dass es endlich eine politische Lösung für die Region braucht, um der Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. ♦

Inflation stark gesunken

Veränderung zum Vorjahr in %



Niedrigste Inflation seit 1966

In Österreich hat die Inflation nun den Nullpunkt erreicht. Die Verbraucherpreise haben sich im Juni 2009 nicht verändert. Die Inflationsrate betrug 0,0 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit August 1966. Stabil waren die Preise sowohl im Vergleich zu Juni 2008 als auch zum Mai 2009. ♦

Zitat der Woche

„Die ÖIAG hat zuletzt keinerlei Beitrag zu einer positiven Bewältigung anstehender Probleme in den betroffenen Unternehmen geliefert und ist in dieser Form in der Tat verzichtbar.“

FSG-Vorsitzender Wolfgang Katzian



Königsberger-Ludwig in der Wiener Gehörlosenambulanz

Gehörlosenambulanz: Signal für Respekt

„Jeder hat das Recht auf einen barrierefreien Zugang zur Gesundheitsversorgung“, erklärte SPÖ-Behindertensprecherin Königsberger-Ludwig bei ihrem Besuch in der Wiener Gehörlosenambulanz – der ersten medizinischen Anlaufstelle für Gehörlose in Österreich. Diese Menschen brauchen Anerkennung für ihre Muttersprache und dadurch Zugang zu Informationen. Die Ambulanz unterstützt sie dabei unter anderem mit gebärdensprachkompetenten MitarbeiterInnen. ♦



STANDPUNKT

Von wegen ÖVP-Wirtschaftskompetenz!

Die ÖIAG gehört abgeschafft. Zudem darf sich die öffentliche Hand nicht an riskanten Spekulationsgeschäften beteiligen.

Die ÖVP beharrt auf der ÖIAG. 15 ÖIAG-Aufsichtsräte kontrollieren 39 Unternehmensaufsichtsräte, die wiederum 13 Vorstände kontrollieren und das mit einem Manager an der Spitze, der 700.000 Euro bekommt. Ich halte das nicht für sehr wirtschaftlich. Die Molterer-Bundesfinanzierungsagentur verspekulierte laut Rechnungshof wahrscheinlich bis zu 617 Millionen Euro Steuergelder, so als ob sie mit dem Steuergeld einfach ins Kasino gehen würde. Ich halte das nicht für sehr wirtschaftlich. Also worin genau liegt jetzt die vielgepriesene Wirtschaftskompetenz der ÖVP? Unnötige, überbezahlte Manager und Steuergelder, die wie am Spieltisch verspekuliert und verloren werden?

Fotolia



Europa hat in den letzten zehn Jahren eine Phase durchlebt, in der versucht wurde, den Staat mehr und mehr zurückzudrängen. Die Prediger des Neoliberalismus haben nichts unversucht gelassen, um zu deregulieren, zu liberalisieren und zu privatisieren. Der Staat wurde als lästiges Anhängsel betrachtet, das sich nur ja nicht in die Belange der Wirtschaft einmischen sollte. Die Folgen sind bekannt. Eine von Spekulanten verursachte Finanzkrise, die sich längst zu einer weltweiten Wirtschaftskrise mit fatalen Folgen für die Bevölkerung ausgewachsen hat. Scheinstrukturen, wie die ÖIAG, wurden konstruiert, um ja keine Verantwortung übernehmen zu müssen und die eigenen Freunde unterzubringen. Der Staat und die politischen FunktionsträgerInnen haben allerdings die Verantwortung, die Gesellschaft so zu gestalten, dass alle von diesem Gemeinwesen profitieren. Wir krempeln die Ärmel hoch und sagen „bis hierher und nicht weiter“. Wenn ein System so katastrophal Schiffbruch erleidet, wie der Kasino-Kapitalismus der Banker, Broker und Spekulanten, dann haben wir einzuschreiten. Dann haben wir dafür Sorge zu tragen, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Ein Paradebeispiel dafür, dass der Staat einzuschreiten hat, ist nun die ÖIAG. Egal in

welchem Bereich, die Bilanz der Manager dieser Institution ist haarsträubend. Sei es bei der Post, sei es bei der Telekom oder bei der AUA, die Leistungen des ÖIAG-Managements waren schlecht bis katastrophal. Die AUA wurde von einem Paradeunternehmen zu einem Sanierungsfall ungeahnten Ausmaßes. Dies, obwohl vom Management noch vor kurzem zu hören war, dass die AUA saniert sei. Ein schlechter Scherz, wie sich nun herausgestellt hat. Die strategischen Fehleinschätzungen der Verantwortlichen und ihr Selbstverständnis, dass die ÖIAG losgelöst von der Politik agieren könne, sind nicht mehr hinzunehmen. Die Menschen wollen zu Recht, dass der Staat und die Politik hier ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür Sorge tragen, dass diese Missstände ein für allemal der Vergangenheit an-

Wenn ein System so katastrophal Schiffbruch erleidet, wie der Kasino-Kapitalismus der Banker, Broker und Spekulanten, dann hat die Politik einzuschreiten.

gehören. Niemand hat mehr Verständnis für eine teure und unnötige Zwischenebene, die sich, obwohl sie dem Staat gehört, losgelöst von staatlicher Kontrolle selbst bestimmt. Kein Mensch, der selber darum kämpfen muss, dass er angesichts der Krise am Arbeitsmarkt bestehen kann, hat Verständnis für Manager, die eine Katastrophe nach der anderen zu verantworten haben, dafür aber noch ein fürstliches Honorar einstreifen.

Unser sozialdemokratisches Verständnis ist ein anderes. Wir treten dafür ein, dass sich auch die Wirtschaft an den Erfordernissen der Menschen orientieren muss. Und dafür werden wir kämpfen. In Österreich, in Europa und weltweit. Denn unser Auftrag ist eindeutig. Wir sind den Menschen verpflichtet, nicht den Interessen einiger weniger Profiteure. ♦

WIRTSCHAFT/ARBEITSMARKT

Maßnahmen gegen

Im ersten Halbjahr 2009 konnten, mit der Unterstützung des AMS 320.000 arbeitslose Menschen in Beschäftigung gebracht werden.



SPÖ

Die SPÖ-geführte Bundesregierung unter ihrem Vorsitzenden Bundeskanzler Werner Faymann setzt zahlreiche Maßnahmen, um die Arbeitslosigkeit in Österreich einzudämmen und kämpft intensiv um jeden Arbeitsplatz.

Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich ist während einer weltweiten Wirtschaftskrise unvermeidlich. Höhe und Tempo des Anstiegs lassen sich allerdings eindämmen und hier war die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann im 1. Halbjahr 2009 erfolgreich. Durch die rasch umgesetzten Maßnahmen konnten zehntausende Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. Gemeinsam mit den Niederlanden hat Österreich, im Vergleich zum Vorjahr, den niedrigsten Anstieg der Arbeitslosenquote in Europa. Mit den beiden Arbeitsmarktpaketen, der Steuerentlastung, den beiden Konjunkturpaketen und den Maßnahmen für die Jugendbeschäftigung wurden notwendige Meilensteine im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gesetzt. Das schnelle und richtige Handeln der Regierung ist wohl

der Hauptgrund dafür, dass Österreich das einzige Land Europas ist, in dem die Arbeitslosenquote im Juni im Vergleich zum Vormonat gesunken ist.

Regierung investiert Rekordsumme für Lehrlingsausbildung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer liegen die Jugendlichen besonders am Herzen. Aus diesem Grund werden in diesem Jahr 375 Millionen Euro in die Lehrstellenförderung investiert. Eine Summe in dieser Höhe gab es dafür noch nie in Österreich. Ende Mai waren 121.695 Lehrlinge in Beschäftigung, und im Herbst 2009 ist man auf 130.000 Lehrlinge vorbereitet. Dies zeigt deutlich, dass die nötigen Kapazitäten vorhanden sind. Die Ausbildungsgarantie wird noch in diesem Herbst umgesetzt sein – dann wird jeder österreichische Jugendliche, der eine

Ausbildung beginnen möchte, auch eine bekommen. Die „Aktion Zukunft Jugend“, eine weitere Maßnahme im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, hat alleine im Mai dieses Jahres 18.600 junge Menschen in Beschäftigung gebracht. Die Jugendstiftung, die nur noch auf ihren endgültigen Beschluss wartet und dann im Herbst rückwirkend in Kraft treten wird, ist für 2.000 arbeitslos gewordene Jugendliche die Chance, sich weiterzubilden, sich neu zu orientieren und am Arbeitsmarkt durchzustarten.

Intensive Förderung der Schwächsten am Arbeitsmarkt

Am 1. Juli traten mit der weiterentwickelten Kurzarbeit und dem Kombilohn Neu zwei Maßnahmen in Kraft, durch die tausende Arbeitsplätze gerettet werden können. Mit

Arbeitslosigkeit

dem Kombilohn Neu sollen für über 50-Jährige, WiedereinsteigerInnen und Menschen mit Behinderungen Anreize geschaffen werden, um eine Arbeit aufzunehmen. Um die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen voranzutreiben, werden 175 Millionen über das Bundessozialamt aufgewendet. Dieses Geld wird für Maßnahmen der begleitenden Hilfe, individuelle Lehrförderungen und für Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte verwendet.

325.00 ArbeitnehmerInnen profitieren

Insgesamt können mit den Maßnahmen aus dem Arbeitsmarktpaket II 35.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. 325.000 ArbeitnehmerInnen werden von diesem Paket, das auch mehr Verteilungsgerechtigkeit schafft, profitieren. Dafür nimmt die Bundesregierung in den nächsten Jahren weitere 400 Millionen Euro in die Hand. Kernpunkte des Arbeitsmarktpakets II sind Verbesserungen bei Kurzarbeit, Altersteilzeit, Bildungskarenz, Solidaritätsprämienmodell, die Einrichtung der Jugendstiftung und die Förderung von Beschäftigung von jungen Menschen bei Einpersonunternehmen. Zusätzlich gibt es eine bessere soziale Absicherung für Arbeitslose durch Valorisierung alter Bemessungsgrundlagen des Arbeitslosengelds. Die soziale Absicherung wird weiters durch die Verlängerung des Übergangsgeldes verbessert und die Krankenversicherung bei Entfall der Notstandshilfe vom Staat bezahlt. Davon pro-

„Es geht uns darum, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, den Arbeitsmarkt in Bewegung zu halten und so viele Menschen wie möglich in Beschäftigung zu bringen und zu halten.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

fizieren mindestens 265.000 Arbeitslose Menschen in Österreich.

Qualifizierung erhöht Chancen am Arbeitsmarkt

Sozialminister Rudolf Hundstorfer sieht in der Weiterqualifizierung von Menschen einen ganz wichtigen Aspekt, um Arbeitslosigkeit einzudämmen. 40 Prozent der Arbeitslosen in Österreich verfügen maximal über einen Pflichtschulabschluss. Daher muss die Zeit der Krise genutzt werden, um Menschen besser zu qualifizieren. Dies erhöht nicht nur ihre Chancen am Arbeitsmarkt, sondern stärkt auch das Selbstbewusstsein der Betroffenen. Noch im heurigen Jahr werden 300.000 Menschen über das AMS weiterqualifiziert werden.

An die Zukunft Österreichs denken

Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann betonte anlässlich der Veröffentlichung des Wirtschaftsberichtes 2009 (siehe Kasten), dass es zum jetzigen Zeitpunkt der Bundesregierung vor allem in wirtschaft-

lichen schweren Zeiten darum gehen muss, Forschung und Entwicklung voranzutreiben, um nach der Krise wettbewerbsfähig sein zu können. Vieles liege nun auch an der Politik der Europäischen Union: „Wir brauchen eigene Rating-Agenturen, Richtlinien in der Wirtschaft und Regeln, die uns vor Spekulation in zweifacher Hinsicht schützen: Durch transparente

ZUM THEMA

Der Wirtschaftsbericht 2009

Der Wirtschaftsbericht 2009 stand ganz im Zeichen der Krise, bot aber auch Ausblick auf die Zeit danach. Demzufolge schrumpft die österreichische Wirtschaft zwischen 3,4 (WIFO) und 4,3 (IHS) Prozent. Dank der konjunkturbelebenden Maßnahmen der Bundesregierung wird für 2010 ein leichtes Wachstum von 0,5 Prozent prognostiziert. Wirft man einen Blick auf die Arbeitsmarktdaten, so zählt Österreich in puncto Arbeitslosigkeit (3,8 Prozent) im europäischen Vergleich zu den Schlusslichtern, im positiven Sinn. So ist die Arbeitslosenrate um 3,2 Prozent niedriger als beim Durchschnitt der EU-27 und um 7,5 Prozent geringer als beim Spitzenreiter Spanien (11,3 Prozent). Überdies wurden 2008 insgesamt 256 Betriebsansiedlungsprojekte realisiert. Das sind rund 3,5 mal soviel wie noch 2002 (74).

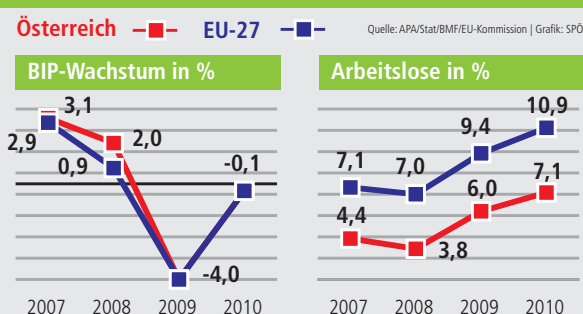
Vorgänge und einer Finanzmarktkontrolle, die ihrem Namen auch gerecht wird.“ Zentraler Punkt bei allen Maßnahmen für Kaufkraft und Beschäftigung muss die „soziale Balance“ sein, ein Prinzip, wonach der Mensch im Mittelpunkt des Handelns stehen muss.

Durch Investitionen in F&E wettbewerbsfähig bleiben

Auch Infrastrukturministerin Doris Bures stellte im Zuge der Veröffentlichung des Wirtschaftsberichtes 2009 klar, dass man durch Investitionen wettbewerbsfähiger werde und nur dadurch moderne Strukturen schaffen könne. „Wir haben das größte Investitionspaket der Zweiten Republik geschnürt, bis 2014 werden 22,5 Mrd. Euro investiert. Das sind jährlich etwa 3,7 Mrd. Euro. Überdies gibt es klare Finanzierungsvereinbarungen mit ÖBB und Asfinag.“ Besonders auf den Hochleistungsstrecken Westbahn, Südbahn sowie am Brenner finden Verbesserungen statt. Insgesamt werden hunderte Bahnhöfe saniert und viele Eisenbahnkreuzungen entschärft. Wichtige Investitionen für die Zukunft werden also getätigt, Kaufkraft und Beschäftigung angekurbelt. ♦

Wirtschaftsbericht Österreich

Veränderung zum Vorjahr, Prognosen 2009/10



INTERVIEW

„Der Mensch im Mittelpunkt einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung“

Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann zieht im Interview mit „SPÖ Aktuell“ Resümee über das tragische Schicksal der AUA, das Versagen der ÖIAG und die Maßnahmen der Regierung gegen die Krise.

„SPÖ Aktuell“: Herr Bundeskanzler, was macht diese Bundesregierung aus? Ihr Resümee über die letzten Monate?

Werner Faymann: Wir haben gezeigt, dass wir trotz unterschiedlicher Standpunkte rasch und effizient handeln, um so auf die Krise zu reagieren. Das Ergebnis ist eine Kaufkraftstärkung durch eine Steuersenkung, die Sicherung von Arbeitsplätzen und Betrieben durch die Stützung von Banken sowie durch zwei Konjunkturpakete. Dazu kommen Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik wie die Flexibilisierung der Kurzarbeit in Kombination mit Bildungsmaßnahmen und die Schaffung von Arbeitsstiftungen. Wir sind zuversichtlich, dass diese Maßnahmen dazu beitragen, den Konjunkturmotor in unserem Land wieder anzuwerfen. Insgesamt

„Es ist wichtig, jetzt zu zeigen, dass wir sparen, wo es möglich ist und dass wir politische Verantwortung übernehmen, wo es notwendig ist.“

Bundeskanzler Werner Faymann

geht es darum, dass Österreich ein leistungsfähiges Land bleibt, mit einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt.

Die Wirtschaftsprognosen gehen weltweit von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Wie beurteilen Sie die österreichische Situation? Ist die Regierung für etwaige Verschlechterungen am Arbeitsmarkt gewappnet?

Werner Faymann: Ich bin kein Wahrsager und kann Ihnen nicht sagen, wie lange die weltweite Krise anhalten wird. Österreich steht im europäischen Vergleich sehr gut da und hat eine relativ niedrige Arbeitslosenrate: Das zeigt uns zwar, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber das hilft den Arbeitssuchenden nicht weiter. Was ich mit Sicherheit sagen kann ist,



Bundeskanzler Werner Faymann:
„ÖIAG hat in Österreich nichts mehr verloren.“

dass Sozialminister Rudolf Hundstorfer richtige und wichtige Maßnahmen setzt, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, nötigenfalls etwa durch Kurzarbeit. Dort wo es nicht gelingt, Arbeitslosigkeit zu verhindern, bemüht er sich, Chancen zu schaffen, dass diese Zeit für Weiterbildung genutzt werden kann. Im Bereich der Jugend nenne ich hier als Beispiel die Ausbildungsgarantie, die 15.000 zusätzliche Arbeitsplätze schafft, oder die Chance bis zu 5.000 junge Leute in den Gemeinden anzustellen.

Stichwort ÖIAG. Gibt es einen Ausweg aus der Misere?

Werner Faymann: Das letzte ÖIAG-Gesetz wurde im Jahr 2000 von der ÖVP/FPÖ-Regierung erlassen und hatte das Ziel, die Verantwortung für beschleunigte Privatisierungen von Staatseigentum in einer managergeführten Holding zu bündeln. So ist der Holding-Chef Michaelis gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der AUA, verantwortet die Beteiligungen der Republik bei der Post, der Telekom, der OMV und anderen staatsnahen Unternehmen. Die Arbeitsplätze bei diesen Unternehmen sind für uns sehr wichtig. Wir müssen im Interesse der Zukunft der Republik die bestmöglichen Lösungen für diese Unternehmen finden, sie bilden einen wesentlichen Teil der Infrastruktur für

viele andere Betriebe. Viele Familien leben davon und erwarten von uns, dass für die Zukunft die richtigen Entscheidungen sichtbar getroffen werden. Leider lässt sich aber die Tatsache nicht mehr verleugnen, dass es durch die ÖIAG nicht wie geplant zu einer Bündelung der Verantwortung gekommen ist, sondern dass scheinbar niemand die Verantwortung übernehmen will. Und das kann nicht sein, dafür bezahlen wir den Managern zuviel Geld. Meiner Meinung nach wäre es am sinnvollsten, diese Zwischenebenen zu entfernen

und die staatsnahen Unternehmen direkt dem Finanzministerium zu unterstellen. Das würde Geld sparen und die Verantwortung in einer Hand bündeln. Es ist wichtig, jetzt zu zeigen, dass wir sparen, wo es möglich ist und dass wir politische Verantwortung übernehmen, wo es notwendig ist.

Lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt abschätzen, wie es in der Causa AUA weitergeht?

Werner Faymann: Die Lufthansa wurde von der EU-Kommission aufgefordert, auf einige Fragen Antworten zu geben. Ich stehe mit Kommissionspräsident Barroso in ständigem Kontakt, er weiß, dass wir an einem Fortbestand der AUA sehr interessiert sind. Es geht ja nicht nur um die AUA, es geht auch um den Flughafen Wien, der als Wirtschaftsstandort und Arbeitsplatz für tausende Menschen erhalten werden soll. Leider lässt sich noch nicht absehen, ob in den nächsten zwei Wochen eine Entscheidung fallen wird, da es darauf ankommt, wie schnell Lufthansa und EU zu einer Einigung kommen. Wenn diese Verhandlungen abgeschlossen sind, kann eine rasche Einigung erfolgen und einer Übernahme steht dann nichts mehr im Weg. Für den Notfall haben wir natürlich Pläne für eine andere Lösung. Die Belegschaft kann sich darauf verlassen, dass wir sie nicht im Stich lassen werden. ♦

NATIONALRAT

Erste Halbjahresbilanz der 24. Legislaturperiode

Das Ringen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wird wohl ebenso in Erinnerung bleiben, wie das unerträgliche Gebahren der ÖVP und FPÖ im Fall des 3. NR-Präsidenten Martin Graf.



SPÖ



Rigaud

NR-Präsidentin Prammer und SPÖ-Klubobmann Cap blicken auf das erste Halbjahr dieser Legislaturperiode zurück: Die Arbeit hat sich gelohnt.

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer kann mit Stolz auf ein bewegtes und arbeitsreiches Halbjahr zurückblicken.

Die XXIV. Gesetzgebungsperiode begann recht turbulent, schon am ersten Tag verabschiedeten die Abgeordneten ein umfassendes Konjunkturbelebungs-paket zugunsten der mittelständischen Wirtschaft. Zahlreiche weitere Maßnahmen, wie eine umfangreiche Steuerentlastung 2009, die Bereitstellung von Milliardenbeträgen für Infrastrukturprojekte, die Gewährung von Staatsgarantien für große Unternehmen im Ausmaß von 10 Mrd. Euro die Ausdehnung der Kurzarbeit, ein Paket gegen die steigende Jugendarbeitslosigkeit, die Förderung thermischer Sanierungen und die Einführung einer Verschrottungsprämie für Altfahrzeuge bei gleichzeitigem Neuwagenkauf folgten. Dazu sind PolitikerInnengehälter bis 2011 eingefroren und zur Entlastung des Arbeitsmarkts der Zugang zur Altersteilzeit erleichtert worden.

Der Nationalrat verabschiedete außerdem ein Familienrechtspaket zur Stärkung

der Rechte von Patchworkfamilien, stimmte für die Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres ab 2010 sowie eine bessere soziale Absicherung für pflegende Angehörige und das Krankenkassen-Sanierungspaket. Beschlossen wurden weiters eine Ausweitung des Gewalt- und Opferschutzes und ein schärferes Vorgehen gegen Alkolenker, Raser und Drängler im Straßenverkehr.

Bildungspolitisch wurden umfassende Adaptierungen am Universitätsgesetz vorgenommen und eine Ausweitung des Schulversuchs Neue Mittelschule erreicht.

Weiters gelang die Einrichtung eines Bundesamtes zur Korruptionsbekämpfung im Innenressort. Eine neue Marktordnung im Agrarsektor und neue Haftungsregelungen für erhebliche Umweltschäden gehören zu den Gesetzesbeschlüssen.

Große-Koalition Neu

Gleich am Wahlabend war klar, dass es zu einer Neuauflage der Großen Koalition

„Es ist ein Zeichen von Qualität unserer Demokratie, über diese Breite zu einer Lösung zu kommen, die dann auch hält.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

kommen muss, diesmal jedoch unter freundlicheren Vorzeichen. SPÖ-Klubchef Josef Cap fand lobende Worte über die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP. Es ist gelungen, viele Punkte so abzuarbeiten, dass beide Parteien fast überall ihre Handschrift in ausreichendem Ausmaß im Ergebnis des Diskussionsprozesses wiederfinden konnten. Das war keine leichte Aufgabe, da sich die gesellschaftliche Zielvorstellung der beiden Großparteien doch fundamental unterscheidet. Trotzdem ist es dem guten Koalitions-klima geschuldet, dass bei der Steuerreform, der Mindestsicherung oder dem Gesundheitsreformprozess auch die Länder und Sozialpartner verstärkt eingebunden werden. Für Cap steht fest: „Es ist ein Zeichen von Qualität unserer Demokratie, über diese Breite zu einer Lösung zu kommen, die dann auch hält.“ ♦

ZUM THEMA

Untersuchungsausschuss

Am letzten Sitzungstag wurde relativ überraschend ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Anlass war zwar die Telefonüberwachung bei BZÖ-Abgeordneter Peter Westenthaler, doch nun wirft die FPÖ dem Grünen Karl Öllinger vor, sie über einen Ex-Polizisten bespitzelt zu haben. Der FPÖ werden finanzielle Kontakte zur kasachischen Regierung angekreidet. Ob diese Vorwürfe der Wahrheit entsprechen kann vorraussichtlich ab Mitte August geprüft werden. Den Ausschuss wird ÖVP-Mann Martin Bartenstein leiten, die SPÖ-Fraktion führt Sicherheitssprecher Otto Pendl an.

VERKEHR

Viel Neues für die Zukunft

Dass Verkehrsministerin Doris Bures das größte Investitionspaket der Zweiten Republik für Verkehrsinfrastruktur geschnürt hat, ist hinlänglich bekannt. Das ist aber noch lange nicht alles, was im Verkehrsbereich erreicht wurde.

„Die vielen Schritte in Summe sollen es schließlich ausmachen, dass es in Zukunft weniger Verletzte und Tote im Verkehr gibt, denn jeder einzelne ist einer zuviel.“

Verkehrsministerin Doris Bures.

Alle Investitionen richten das Augenmerk schon jetzt auf die Zeit nach der Krise. Bis 2014 werden 22,5 Mrd. Euro investiert. Besonders auf den Hochleistungsstrecken Westbahn, Südbahn sowie am Brenner werden Verbesserungen stattfinden, hier werden hunderte Bahnhöfe saniert und viele Eisenbahnkreuzungen entschärft. Die Projekte wurden, um die heimische Wirtschaft zu stärken, regional ausgeschrieben, was jährlich 50.000 Arbeitsplätze sichert.



Verkehrsministerin Doris Bures

Chipkarte statt Zulassungsschein

Die Novelle zum KFG ermöglicht nun eine Chipkartenzulassungsbescheinigung anstelle der Zulassungsbescheinigung aus

Papier. Das ist für die AutofahrerInnen eine praktische Neuerung.

Verkehrssicherheitspaket

Ab Herbst wird es unter anderem neue Kindersicherungsseminare, eine bessere Mopedausbildung und höhere Strafen für Raser und Alko-Lenker geben. Diese Maßnahme ist gerechtfertigt, da in Österreich jede Woche ein Mensch durch einen al-

koholisierten Fahrer und vier durch einen Raser sterben. All diese gesetzlichen Maßnahmen sollen außerdem durch breit angelegte Bewusstseinsbildung ergänzt werden. ♦

PFLEGE

Faymann für Verlängerung der erweiterten Förderung

Da die Menschen in Österreich immer älter werden, steigt auch der Bedarf an Pflegekräften.

Gesundheits- und Sozialberufe sind, unabhängig von der Krise, die am schnellsten wachsenden Beschäftigungsfelder. Deshalb unterstützen Werner Faymann und Sozialminister Rudolf Hundstorfer das AMS bei ihrer Forderung nach einer Verlängerung der erweiterten Förderung bei den Beihilfen zur Qualifizierung Beschäftigter im Pflegebereich. ♦



Bundeskanzler Werner Faymann besuchte gemeinsam mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und AMS-Chef Herbert Buchinger das Tageszentrum „Anton Benya“, um mit den Menschen vor Ort zu sprechen.

SOHO

Änderungen im Sozialversicherungsrecht

Mitversicherung bei Krankenversicherung ist nun auch für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften möglich.

Dank einer Gesetzesänderung, die letzte Woche im Parlament beschlossen wurde, hat künftig auch eine Person, die mit der oder dem Versicherten im gemeinsamen Haushalt lebt, jedoch nicht verwandt oder verheiratet ist, das Recht, sich bei der Krankenversicherung mitversichern zu lassen. Dies betrifft natürlich nun auch unzählige gleichgeschlechtliche PartnerInnenenschaften. ♦



SPÖ

Peter Traskowitsch, Bundesvorsitzender der SoHo, ist erfreut über den von Gesundheitsminister Alois Stöger initiierten Schritt in Richtung Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen PartnerInnenenschaften.

UG-NOVELLE

Neue Spielregeln für die Unis

Allen Dauerkritikern zum Trotz hat Andrea Kuntzl bei den Verhandlungen zum Universitätsrechts-Änderungsgesetz wichtige SPÖ-Forderungen durchgesetzt.

Das „Universitätsrechts-Änderungsgesetz 2009“ (UG-Novelle) wurde beim dreitägigen Plenarsitzungs-marathon vor der Sommerpause im Hohen Haus verabschiedet. Es war kein leichtes Unterfangen für SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl, in den Verhandlungen die Erfahrungen der ersten UG-Jahre (seit 2002) und zentrale SPÖ-Forderungen so in eine Novelle unterzubringen, dass dieses Gesetz „verbessert und nicht verwässert“ wird, und dem Wohle der StudentInnen und Universitäten dient.

Die bedeutendste Errungenschaft dieser Novelle ist die Einführung einer Studieneingangsphase. Das ist eben nicht jenes Modell, das möglichst rasch möglichst viele StudienanfängerInnen hinausprüft, sondern eine sinnvolle Verpflichtung der Universitäten, zu Beginn den jungen Men-

schen die wesentlichsten Inhalte des Studiums vorzustellen und ihnen damit eine geeignete Studienwahl zu ermöglichen.

Die UG-Novelle sieht eine 40-Prozent-Frauenquote für alle Uni-Gremien vor und dass alle Studien Bologna-konform werden. Eine wichtige SPÖ-Forderung ist auch die gezielte Förderung von NachwuchsforscherInnen. Bei der RektorInnenwahl wird künftig keine RektorInnen gegen den Willen des Senats bestellt werden können.

Die UG-Novelle muss aber auch als Anfang einer umfassenden Diskussion über die Zukunft unseres Hochschul- und Schulwesens gesehen werden. Denn das beste Uni-Gesetz kann ein Grundübel unseres Bildungssystems nicht beseitigen: Dem offenen Zugang bei höchster Bildung steht eine viel zu frühe Selektion in der Schule gegenüber. ♦



Wilke

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl reklamierte wichtige SPÖ-Forderungen in die UG-Novelle.

„Die UG-Novelle trägt die SPÖ-Handschrift und wir konnten wesentliche Verbesserungen erzielen.“

SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl

EUROPA

Das EU-Parlament nimmt die Arbeit auf

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag brachten ein dichtes Programm in Strassburg: Das Europaparlament konstituierte sich neu. Eine Chance für die SP-Fraktion?

Am Dienstag trat das Parlament zur konstituierenden Sitzung zusammen, kürte Jerzy Bruzek zum Parlamentspräsidenten und ernannte seine 14 StellvertreterInnen. Weiters wurden am Mittwoch die fünf Quästoren, die dem Präsidium beratend zur Seite stehen und verwaltungs- und finanztechnische Angelegenheiten erledigen, gewählt. Schließlich stimmte das Plenum über die Größe der 20 permanenten Ausschüsse ab, tags darauf wurde ihre Zusammensetzung festgelegt.

Zuversicht bei SozialistInnen und SozialdemokratInnen

Im Parlament sind mehr als die Hälfte der Abgeordneten neu, eine Chance für die SozialistInnen und SozialdemokratInnen in Europa. Deren Fraktionsvorsitzender Martin Schulz zitiert zu diesem Thema



Die SPÖ-Abgeordneten im Europaparlament wollen jede Chance nützen, ein sozial gerechtes, menschliches Europa zu errichten.

durch Reagan und Thatcher verkörperten neoliberalen Experiments.“ Natürlich vergisst er nicht darauf, was die Menschen nun von seiner Fraktion erwarten: „Wir als SozialistInnen und SozialdemokratInnen müssen in Europa und international klarstellen und kommunizieren, was das Neue ist.“

Erster Sieg für die SP-Fraktion

Es ist der SP bereits gelungen, das Ansinnen des Rats abzuschmettern, Jose Manuel Barroso im Expressstempo als Kommissionspräsidenten zu installieren. Die Begründung liegt auf der Hand: Er verkörpert die alte neoliberale EU. ♦

Österreichisch leben. Europäisch denken.

80. GEBURTSTAG

Begleiter, Wegweiser und Impulsgeber

Manfred Scheuch, langjähriger Chefredakteur der AZ, feierte seinen 80. Geburtstag dem Anlass entsprechend in den historischen Räumlichkeiten des Vorwärts-Verlags.



Der Jubilar bei seiner mit Wortwitz gespickten Rede im Vorwärtshaus (v.l.n.r.: Manfred Scheuch, Günther Kräuter, Albrecht Konecny, Barbara Rosenberg, Ernst Nedwed).

Freiheitskämpfer

„Manfred Scheuch hat Höhen und Tiefen sowie Triumphe und Niederlagen der Sozialdemokratie erlebt und in der AZ darüber berichtet.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

SPÖ wünsche von ganzem Herzen Gesundheit, Lebensfreude und Schaffenskraft. Bei der stimmungsvollen Feier im historischen Vorwärtshaus sprachen auch Bundesrat Albrecht K. Konecny, der Historiker Wolfgang Maderthaler, die stv. Direktorin des Dr. Karl Renner-Instituts Barbara Rosenberg und der Vorsitzende des Bunds Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed. Der Jubilar Manfred Scheuch hatte in seiner humorvollen Dankesrede so manche Erinnerung an schöne vergangene Zeiten wachgerufen. Unter anderem gratulierten auch AK-Präsident Herbert Tumpel, Ministerin a.D. Hilde Hawlicek, Professor Paul Lendvai und Samariterbundpräsident Franz Schnabl. ♦

ZUM THEMA

Die Arbeiter-Zeitung

Nach dem Zweiten Weltkrieg erschien die 1889 gegründete und 1934 verbotene Arbeiter-Zeitung wieder als Parteizeitung der SPÖ und blieb das auch, bis das traditionsreiche aber defizitäre Blatt im Herbst 1989 an die Birko-Holding ging. 1991 musste die AZ ihr Erscheinen jedoch endgültig einstellen.

Manfred Scheuch war von 1970–1989 Chefredakteur der AZ.

Die Jahrgänge 1945 bis Ende März 1989 sind unter www.arbeiter-zeitung.at im Internet zugänglich.

SPÖ Parteizentrale als Politik-Motor

Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer nützte seine Laudatio zum 80. Geburtstag von Manfred Scheuch auch für einige programmatische Gedanken und grundsätzliche politische Überlegungen.

„Die klare Definition und Trennung von programmatischen Ansätzen der Partei auf der einen Seite und der erforderlichen Kompromissfähigkeit auf Ebene der Regierung auf der anderen Seite ist Voraussetzung für politische Erfolge der Sozialdemokratie.“

*SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter*

Die Löwelstraße als „Parteizentrale“ im traditionellen Sinn müsse wieder verstärkt Zentrum und Ausgangspunkt der SPÖ-Politik werden, führte Kräuter vor den zahlreichen Ehrengästen aus. Die vom Parteivor-

sitzenden Werner Faymann initiierten und von den Verantwortungsträgern im Bundesparteivorstand gemeinsam entwickelten Themen, Inhalte und Programme müssen als Leitlinie und Kursbestimmung in alle Bereiche wirken, „von der Regierungsfraktion über die Parlamentsfraktion, die Landesorganisationen bis in die zahlreichen Teilorganisationen der Partei“.

Zentrale SPÖ-Themen auf vielen Ebenen vermitteln

Zentrale Themen wie Verteilungsgerechtigkeit, die nicht auf eine bloße Steuerdebatte reduziert werden dürfe, Gesundheits- Bil-

dungs- und Sozialpolitik sowie der politische Schwerpunkt Jugend müssten auch auf vielen Ebenen vermittelt werden. Hier sei eine Rückbesinnung zu den „alten Tugenden“ und der Leidenschaft und Begeisterung für eine politische Kommunikation im besten Sinne von Pionieren wie Manfred Scheuch der richtige Weg. Die klare Definition und Trennung von programmatischen Ansätzen der Partei auf der einen Seite und der erforderlichen Kompromissfähigkeit auf Ebene der Regierung auf der anderen Seite sei Voraussetzung für politische Erfolge der Sozialdemokratie. Kräuter: „Erfolge, die zur Gestaltung Österreichs im Interesse der arbeitenden Bevölkerung von größter Bedeutung sind.“

Roman

Gezeichnet

Der Roman von De Filippo über die Welt der Camorra ist ein eindringliches Porträt des Bösen, in der Sprache ebenso hart wie fesselnd.

Eine Frau, zwei Kinder, eine Vespa und diverse Gelegenheitsjobs. Gennarino Sorrentino lebt ein bescheidenes Leben in Neapel. Mit seiner Vespa streift er durch die ärmlichen Viertel Neapels, um Gelegenheitsjobs zu finden, die ihm und seiner Familie ein bescheidenes, aber friedliches Leben erlauben. Bis zu jenem Tag, an dem Don Rafele, der Boss der Bosse, einen Auftrag für ihn hat. Gennarino weiß, dass er diesen Auftrag nicht ableh-

nen darf. Der arbeitslose Gennarino Sorrentino gerät in den Strudel der Mafia, und damit nimmt ein wahrer Albtraum seinen Lauf. Doch als seine Familie ihn verlässt, vermag Gennarino dem Schicksal die Stirn zu bieten und fasst einen ungeheuerlichen Plan ...

Schonungslos harter und direkter Roman über die Gepflogenheiten der italienischen Mafia. Definitiv nichts für zarte Gemüter! ♦

Sachbuch

Lüge als Prinzip

Wolfgang Engler überrascht in seinem Buch mit einer facettenreichen Darstellung über Aufrichtigkeit und Lüge im sozialen Umgang seit der Aufklärung.

Aufrichtigkeit hatte dem Bürgertum einst in einer feindlichen Umwelt zu einer Vertrauensbasis verholfen. Engler illustriert, wie dieses Erbe entsorgt wurde, Treu und Glauben ihre Relevanz verloren. Der Eigennutz von Marktteilnehmern galt weithin als der beste, wenn nicht einzige Garant des Gemeinwohls. Nun zwingt der drohende Crash des Systems den Staat zu intervenieren, Wirtschaftskapitäne übertreffen sich in der Rolle von Bittstellern. Englers

kulturgeschichtliche Studie zeigt: Weder Markt noch Recht, noch Ideologie allein schaffen eine tragfähige Grundlage. Der Kampf um Existenz und Anerkennung darf den sozialen Zusammenhalt der BürgerInnen nicht gefährden. Nur wenn der Kapitalismus an sein sozialmoralisches Erbe anknüpft, bleibt er politisch mehrheitsfähig. Wenn sich unsere Gesellschaft nicht an ihr sozialmoralisches Erbe besinnt, wird sie keine Zukunft haben. ♦

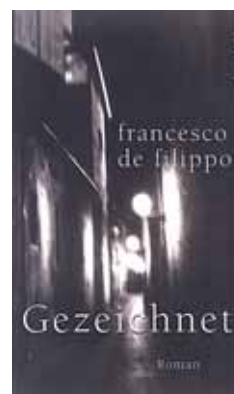
Politik & Wirtschaft

Politikfinanzierung in Österreich

Wie finanzieren sich Österreichs Parteien und PolitikerInnen? Woher kommt das Geld und wohin fließt es? Welche Bereiche sind besonders anfällig für politische Korruption?

Hubert Sickinger hat als Österreichs prominentester Experte für Politikfinanzierung ein Standardwerk zum Thema verfasst. Das Handbuch umfasst eine Darstellung aller Einnahmen der österreichischen Parteien von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Fraktionsfinanzierungen über „Parteisteuern“ von MandatarInnen und Kreditaufnahmen bis hin zur staatlichen Parteienfinanzierung. Er beleuchtet die Ausgabenstruktur der österreichischen Parteien, bei-

spielsweise die Kosten von Wahlkämpfen und die Finanzierung von Politikern durch staatliche Bezüge und Spenden. Sickinger beschreibt die rechtlichen Grundlagen, aber auch die Schwachstellen des gegenwärtigen Systems unter dem Gesichtspunkt möglicher Anfälligkeit für politische Korruption. Nicht zuletzt aufgrund der exorbitanten Steigerungsraten mahnt der Experte zu einer umfassenden Reform der heimischen Parteienfinanzierung. ♦

☐ Stk.


Francesco de Filippo:

Gezeichnet.

Lübbe Verlag,

Bergisch Gladbach 2009;

283 S., 20,60 €

☐ Stk.


Wolfgang Engler:

Lüge als Prinzip.**Aufrichtigkeit im Kapitalismus.**

Aufbau Verlag, Berlin 2009;

217 S., 20,60 €

☐ Stk.


Hubert Sickinger:

Politikfinanzierung in Österreich.

Czernin Verlag, Wien 2009;

528 S., 39

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße****1014 Wien, Löwelstraße 18****Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at**

Zu bestellen!

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



OBERÖSTERREICH

SPÖ-Jugendoffensive



Im LT-Wahlkampf setzt die SPÖ OÖ ganz stark auch auf die Jugend.

„Weil wir die Jugendlichen und ihre Anliegen ernst nehmen, werden wir speziell mit unseren fünf Jugendkandidatinnen Petra Müllner aus Wels, Sabine Breitenfellner aus St. Peter am Wimberg, Eva Öller aus Mattighofen, Manuela Hiesmayr aus Linz und Birgit Schörkhuber aus Steyr den direkten Kontakt zu den jungen Leuten suchen,“ betont der OÖ Landesgeschäftsführer Christian Denkmaier. Die Palette der Themen, mit denen die SPÖ am 27. September bei der Jugend punkten will reicht von Ausbildung und Arbeit über Freizeit und Wohnen bis hin zu neuen Wegen der Mitsprache. Lehrplätze zu schaffen, jungen Menschen die beste Ausbildung zu ermöglichen, oder die Mobilität mit Aktionen wie dem „Jugendtaxi“ zu fördern, sind wichtige Maßnahmen und Anstrengungen für die Jugend.



SPÖ Oberösterreich

Die SPÖ-OÖ schreibt die Jugend groß (LHStv. Erich Haider mit den fünf Jugend-Kandidatinnen).

Mit Petra Müllner wird eine der Jugendkandidatinnen, das lässt sich jetzt schon sagen, fix in den Landtag einziehen!

Soundtour 09

Unter dem Motto „keep on rockin’ for a

better world“ veranstaltet die SPÖ mit der Soundtour09 sechs Bandfestivals für junge Leute in Oberösterreich. Näheres und Termine unter www.soundtour09.at. Mehr zum Jugendwahlkampf der SPÖ OÖ auf der Jugendhomepage www.rot09.at. ♦

SPÖ-FRAUEN

Kärntnerinnen wehren sich mit brennesselsuppe.at



Die SPÖ-Frauen Kärnten setzen sich gegen das diskriminierende Frauenbild von LH Dörfler mit einer Unterschriftenliste zur Wehr.

Seit seinem Amtsantritt hat LH Gerhard Dörfler wiederholt bewiesen, dass er ein bedenkliches Frauenbild hat. Wenn es nach ihm ginge, würden Frauen noch spät in der Nacht Brennesselsuppe kochen und nebenbei noch die Kinder hüten. Er argumentiert das damit,



SPÖ

dass Frauen „zu sensibel“ für die Politik wären. Gegen die fast täglich neuen Herabsetzungen kann frau sich jetzt zur Wehr setzen: Mit einer Unterschrift auf der Liste der SPÖ-Frauen www.brennesselsuppe.at. ♦

Die Frauenvorsitzende von Kärnten, BR Ana Blatnik, will sich die engstirnigen Sprüche Dörflers nicht mehr gefallen lassen.

SJ

Quo vadis, Mexiko?



Eine spannende Podiumsdiskussion über die Zukunft Mexikos veranstaltete die SJ.

Der Vizepräsident der IUSY (International Union of Socialist Youth), Pável Meléndez Cruz, und der IUSY-Koordinator der sozialen Bewegungen in Lateinamerika, Alejandro Encinas Jr., beide aus Mexiko, berichteten im Rahmen der SJÖ-Diskussionsreihe „Kopfarbeit“ in Wien über die Lage nach den Parlamentswahlen in Mexiko. Die beiden jungen Aktivisten aus Oaxaca und Mexiko-Stadt erzählten über den schweren Wahlverlust der Schwesterpartei „Partei der demokratischen Revolution“ (PRD), die Lage im konfliktreichen Bundesstaat Oaxaca und den seit Jahren schwelenden Drogenkrieg, der das korrupte politische System Mexikos so maßgeblich beeinflusst. ♦



Die TeilnehmerInnen an der Mexiko-Diskussion der SJ in Wien

VORARLBERG

Mit sozialen Themen in die LT-Wahl



Die Intensivphase für die Vorarlberger Landtagswahl am 20. September wurde am Montag gestartet.

Die Schwerpunkte im Wahlkampf liegen deutlich auf sozialen Themen. Kostenloser Nachhilfeunterricht, die Schaffung von mehr Lehrplätzen in landeseigenen Unternehmen, Hilfe für arbeitslose KreditnehmerInnen, kostenlose Betreuung von Kindern bis zu einem Alter von sechs Jahren und die Schaffung von Jugend-Startwohnungen sind nur einige der Kernthemen der Vorarlberger SPÖ.

Kostenlose Nachhilfe auch im Sommer

Besonders bei der kostenlosen Nachhilfe erzielte die SPÖ bereits einen Erfolg. Landesvorsitzender der SPÖ-Vorarlberg Michael Ritsch zu der Tatsache, dass vie-



Michael Ritsch liegen die Familien in Vorarlberg besonders am Herzen.

le Vorarlberger Familien für Nachhilfe im Schnitt 350 Euro pro Jahr bezahlen: „Das ist für viele nicht mehr zu finanzieren.“ Die SPÖ lud daher unter anderem VertreterInnen des Landesschulrats zum

gebieten. Um diese Situation zu verbessern, wurde vereinbart, ExpertInnen einzusetzen, die Lösungsmodelle erarbeiten sollten. Jetzt ist auch ÖVP-Landesrat Siegmund Stemer gefordert. ♦

runden Tisch ein. Ritsch: „Für uns ist klar, dass vorrangig jene SchülerInnen während des Unterrichtsjahres kostenlose Nachhilfe bekommen sollen, denen eine negative Beurteilung am Ende des Jahres droht.“ In den Sommerferien jedoch benötigen SchülerInnen, die eine Nachprüfung zu absolvieren haben, die Nachhilfe am dringendsten. Diese wird aber kaum an-

WIEN

Die Donauinsel wird noch attraktiver



Ulli Sima will mit neuen Uferzugängen auf der Donauinsel das Freizeitparadies der WienerInnen weiter aufwerten.

Neue Uferstiegenanlagen und sieben neue Schwimmpontons machen die 21 Kilometer lange und bis zu 250 Meter breite Donauinsel für die Badegäste noch attraktiver. „Die Donauinsel hat sich erst in den letzten Wochen wieder als hervorragender Hochwasserschutz bewährt. Gleichzeitig dient sie als Naherholungsgebiet und Naturparadies. Das ist einzigartig“, so die Wiener Umweltstadträtin Ulli Sima. Neben den Bademöglichkeiten und Radwegen



RK Wien

stehen den BesucherInnen unter anderem ein Wasserspielpark, sowie Fußball-, Basketball- und Beachvolleyball-Plätze zur Verfügung. ♦

Sima: Donauinsel dient als Hochwasserschutz und Freizeitparadies.

KINDERFREUNDE

Ferien von der Krise!

Eine Sammelaktion der Kinderfreunde Niederösterreich ermöglicht Familien einen Urlaub trotz Krise.



Die Familien vieler Kinder und Jugendlicher sind derzeit von

Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen. Um diesen Kindern trotzdem Ferienerholung zu ermöglichen, starteten die Kinderfreunde die Aktion „Ferien von der Krise“, deren Erlös diesem Vorhaben zugute kam. Der Landesvorsitzende der Kinderfreunde NÖ Andreas Kollross und LHStv. Sepp Leitner, der als Schirmherr fungierte, bedanken sich bei allen SpenderInnen. ♦



Kinderfreunde

Dank zahlreichen SpenderInnen können niederösterreichische Kinder Urlaub von der Krise machen.

Wie teuer ist unser Pensionssystem?

AK-Experte Josef Wöss nimmt unser Pensionssystem unter die Lupe und hinterfragt die Behauptung der OECD, es sei das teuerste der Welt.



Die Finanzierung der staatlichen Alterssicherung ist in Österreich auch langfristig gegeben.

„Die öffentliche Alterssicherung ist nicht nur sicherer, sie ist auch billiger als die private.“

Die OECD behauptet, Österreich habe eines der teuersten Pensionssysteme der Welt. Mit Pensionsausgaben in der Höhe von 12,6 Prozent des BIP liege Österreich hinter Italien an zweiter Stelle. Das Sozialministerium weist zurecht darauf hin, dass da „Äpfel mit Birnen verglichen“ werden. In der OECD-Rechnung werden nämlich nur öffentliche Pensionsausgaben berücksichtigt, private Ausgaben hingegen ausgeklammert. Länder mit einer gut ausgebauten öffentlichen Alterssicherung können bei so einer Rechnung nur schlecht abschneiden.

Österreich hat ein hochwertiges öffentliches Pensionssystem. Dieses System hat sich über Jahrzehnte bewährt (stabile Pensionszahlungen) und schwierige Belastungsproben überstanden (Frontalattacke der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2003). Auch für die heute Jüngeren ist es die sicherste Form der Alterssicherung. Im Vergleich zu privaten Vorsorgeformen bietet die gesetzliche Pensionsversicherung die Möglichkeit zu sozialem Ausgleich (Anrechnung von Kindererziehungszeiten etc) und sie bietet mehr Sicherheit (keine Kapitalmarktrisiken, Ausfallshaftung des Bundes).

Welche Tücken die „kapitalgedeckte“ private Alterssicherung aufweist, zeigt sich derzeit bei den privaten Betriebspensionskassen: Nach den Einbrüchen auf den Finanzmärkten wurden viele Pensionen um bis zu 20 Prozent und mehr gekürzt. Konservative

Politiker, die seit vielen Jahren den Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge propagieren, rufen nun nach Staatshilfe.

Die öffentliche Alterssicherung ist aber nicht nur sicherer, sie ist auch billiger als die private (niedrigere Verwaltungskosten, kein Werbeaufwand, keine Verrechnung von Gewinnen).

Ein Blick auf den Gesundheitsbereich in den USA zeigt, welche enorme Kosten „privatisierte Sozialausgaben“ verursachen können. Unter Einrechnung der „Privatkosten“ liegen dort die Gesundheitskosten um die Hälfte höher als in Österreich (15 Prozent des BIP gegenüber 10 Prozent in Österreich). Wenig überraschend ist, dass die öffentlichen Gesundheitsausgaben der USA gleichzeitig niedriger liegen als in Österreich. Wie man sieht, kann die Formel „mehr privat weniger Staat“ teuer zu stehen kommen!

Die langfristige Finanzierung unserer öffentlichen Alterssicherung steht auf viel sichereren Beinen, als viele uns das weismachen wollen. Nach den aktuellsten EU-Rechnungen werden die Ausgaben bei massiv steigender Zahl der Älteren von derzeit 12,8 Prozent des BIP auf 13,8 Prozent im Jahr 2030 und auf 14,0 Prozent im Jahr 2050 ansteigen – Werte, die zweifellos finanzierbar sind.

Und: Viel zu wenig bekannt ist bei den heute Jüngeren, dass in mittel- bis langfristiger Perspektive trotz der beschlossenen Leistungseinschränkungen mit einem deutlichen Anstieg des Realwerts der Pensionen zu rechnen ist. Nach den aktuellsten EU-Rechnungen wird der Realwert der Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung im Jahr 2030 um 30 Prozent und im Jahr 2050 um mehr als 50 Prozent höher liegen als jetzt. ♦

Josef Wöss ist Leiter der Abteilung Sozialpolitik in der Arbeiterkammer Wien.

TERMINKALENDER

23. Juli bis 27. August

Wiener Wasser Bädertour 2009



Bilderbox

Sommerzeit – Ferienzeit mit den Kinderfreunden!

Aufgrund des großen Erfolges im Vorjahr, wiederholen die Wiener Kinderfreunde ihre Bädertour durch einige Wiener Bäder. In der Zeit von 14.00 bis 17.00 Uhr wird unter anderem ein spannendes Kinderquiz rund um das Thema Wasser stattfinden, bei dem es tolle Preise, gestiftet von Wiener Wasser, zu gewinnen geben wird. Darüber hinaus erwarten die BesucherInnen neben Badespaß und dem üblichen Freizeitvergnügen auch

Mitmachangebote im Bereich Spiel, Bewegung und Musik. Alles in allem ein vergnüglicher Nachmittag im Bad mit einer Extra-Portion Umweltbildung.

Donnerstag, 23. 7. 09 Angelibad

Ersatztermin: 28. 7. 09

Donnerstag, 30. 7. 09 Gänsehäufel

Ersatztermin: 4. 8. 09

weitere Termine unter:

www.kinderfreunde.at

Freitag, 24. Juli

Balkanmusik im ega-Sommergarten

Die Wiener SPÖ-Frauen und das ega organisieren gemeinsam mit dem Verein Rosario de Luz jeden Freitag im Juli abwechslungsreiche Musikabende.

Am 24. Juli ist Jelena Krstic & Balkan Trio zu Gast im Sommergarten. An diesem Abend präsentiert das junge Gesangstalent Jelena Krstic mit ihrer neuen Akustikformation Balkanmusik vom Feinsten. Zu Hören gibt es eine vielseitige Auswahl der schönsten Balkan Songs aus Serbien, Mazedonien, Montenegro, dem Kosovo, Rumänien sowie



Lieder der Roma aus Russland, Serbien und Rumänien. Jelena Krstic wird vom Gitarrenvirtuosen Micky Lee, von dem vielseitigen Pianisten Gerald Peter und am Schlagzeug von Goran Krstic begleitet.

Anschließend bietet DJ Deep G' South tollen Balkan- und Ethno-Sound.

Die BesucherInnen werden mit köstlichen Cocktails und kulinarischen Spezialitäten verwöhnt. Eintritt frei!

Nähere Infos unter 01/589 80 423 oder:

elisabeth.gutenbrunner@ega.or.at

Beginn: 21.00 Uhr

ega

Windmühlgasse 26

1060 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Birgit Jung, Alexander Lutz, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner, Markus Wagner
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg,
Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Coverfoto: SPÖ, Österreich-Werbung, Montage: SPÖ,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Claudia Varga, Tel: 01/534 27/275,
Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck,
Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

LeserInnenbrief

Es ist uns ein Bedürfnis Ihnen mitzuteilen, dass uns die Pressestunde vom 12. 7. mit Bundeskanzler Werner Faymann sehr gefallen hat und seine Argumente zu allen angesprochenen Themen überzeugend und gut waren. Wir sind zufrieden mit unserem Bundeskanzler sowie mit unserem Bundespräsidenten.

Familie Petschar, Feldkirch

NET NEWS

www.termine.spoe.at

Feste, Sommerrodeln und Konzerte!

Sie wollen dabei sein, wenn die SPÖ und ihre Organisationen Feste feiern, spannende Diskussionen führen und Konzerte veranstalten?

Für alle BesucherInnen unserer Seite www.spoe.at haben wir ein neues Angebot: Über das Kalendersymbol im grauen Balken in der Mitte der Startseite kommen Sie zu www.termine.spoe.at und finden

dort alles, was unsere Partei auch abseits der täglichen politischen Arbeit zu bieten hat: Festivals für Jugendliche in Ungarn, oder Moonlight-Sommerrodeln mit der Wiener SPÖ-Bildung.

Vorträge und Diskussionen gibt es im Sommer auch im Freien, zum Beispiel im Gänsehäufel oder anderen außergewöhnlichen Locations. Sie wollen Ihre eigenen Events und Termine einer breiten Leser-

Innenschaft zugänglich machen und Ihre Veranstaltungen bewerben?

Auf der SPÖ-Plattform www.campa.at können registrierte Mitglieder ihre Aktivitäten von der Diskussionsrunde bis zum Wandertag veröffentlichen, diese werden dann auch im neuen SPÖ-Termin kalender angezeigt.

Reinschauen und mitmachen lohnt sich auf jeden Fall!

- >> **Aktuellste News per E-mail**
- >> Zahlen und Fakten
- >> Die besten Argumente
- >> Top Webtipps



Jetzt abonnieren!

Jeden Montag und Donnerstag neu!

Abonnieren unter newsservice.spoe.at

Abonnieren unter newsservice.spoe.at